



Unsere weiteren Standpunkte, z.B. für Arbeitsplätze in der Region, kommunale Finanzen, Frauenpolitik, medizinische Versorgung, Sport und Kultur, Familienpolitik etc. können hier nachgelesen werden:

<https://suedniedersachsen.ni.bsw-vg.de/unsere-positionen>



Weitere Informationen zu den politischen Inhalten des BSW auf Bundesebene:

<https://bsw-vg.de/leitantrag-beschlossen-deutschland-aber-friedlich-und-gerecht/>



Unsere Kandidaten für die Städte, Gemeinden und den Kreistag

<https://suedniedersachsen.ni.bsw-vg.de/kommunalwahl/unsere-kandidaten>

Weitere
Infos über
QR-Codes



**Mach mit und engagiere Dich
mit uns beim BSW in Göttingen!**

Mail: kontakt@bsw-goe.de

Web: bsw-goe.de

BSW

**Vernunft
und Gerechtigkeit.**

**BITTE
SOZIAL
WÄHLEN**

Am 13.9. in Ihrem Wahllokal
oder schon vorher Briefwahl
durchführen ...

V.i.S.d.P: Thomas Oesterreich, Im Großen Feld 11, 37081 Göttingen



Wir wollen eine Stadt guter Nachbarn sein

**Positionen des BSW Göttingen
zur Kommunalwahl
am 13. September 2026**

„Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein und werden, im Innern und nach außen“

Dieser Satz von Willy Brand in seiner Regierungserklärung 1969 benennt, was heute fehlt: Eine soziale und friedliebende Politik des Ausgleichs und des Miteinanders, die Demokratie und Gesellschaft zusammenhalten. Das BSW in Göttingen setzt folgende Eckpunkte in der Kommunalpolitik, damit Göttingen als Stadt für Alle lebenswert ist und bleibt.



Weitere
Infos über
QR-Codes



Göttingen – Stadt des Friedens

Wir wollen Jugend, Kultur und Sport fördern, anstatt Bundeswehrpropaganda auf Bussen und an Schulen. Keine öffentliche Infrastruktur für Kriegsvorbereitung und Aufrüstung! Wir fördern friedenspolitische Initiativen und sind gegen Repressalien von Schülern gegen die Wehrpflicht oder der Palästina-Solidarität. Nie wieder Krieg — nirgendwo! Wir wollen freie Debatten und Meinungsvielfalt. Keine Cancel Culture & Maulkörbe.



Günstiger Wohnraum für Göttingen

Wir wollen einen qualifizierten Mietspiegel in Göttingen, um den ungerechten Mietpreissteigerungen ein Ende zu setzen. Genossenschaftliche und kommunale Wohnungsbaugesellschaften wollen wir stärken, damit endlich mehr günstiger und guter Wohnraum entsteht. Die städtische Wohnungsbau GmbH muss endlich ihren Aufgaben nachkommen können, statt nur den Missstand zu verwalten!



Echte Mitbestimmung und eine bürgernahe Verwaltung

Wir wollen Transparenz im Rathaus und bei der Verwaltung („Gläsernes Rathaus“). Die Hürden für Bürgerentscheide müssen gesenkt werden und Bürger und Bürgerinnen müssen ein Mitspracherecht bei der Mittelverteilung haben („Bürgerhaushalt“). Wir wollen das Ehrenamt stärken und Anlaufstellen schaffen, um Bürger, Selbstständige, kleine Unternehmen bei Anträgen, Behördengängen etc. zu unterstützen.



Sozialverträglicher Umweltschutz mit Vernunft

Wir möchten einen besseren, kostengünstigen und flexiblen öffentlichen Nahverkehr schaffen. Wir schaffen Klimaausgleichs- und Erholungsmöglichkeiten durch mehr Grünflächen und Gewässer. Wir unterstützen bürgerschaftliches Engagement wie Dorfläden, möchten Recycling-Initiativen und Repair-Cafés fördern und regionale Wirtschaftskreisläufe stärken. Der Ausbau erneuerbarer Energie muss mit Augenmaß und parallel zum Ausbau der Netz- und Speicherkapazitäten erfolgen – mit Beteiligung der Bürger und nicht gegen sie.



Nah gelegene Kitas & gut ausgestattete Schulen

Kinder sind unsere Zukunft. Wir unterstützen erweiterte Angebote in Jugend- und Stadtteilzentren und für frühkindliche Förderung. Gute Deutschkenntnisse und soziale Fähigkeiten müssen bis zur Einschulung erworben werden. Kürzungen bei Bildungs- und Kultureinrichtungen müssen aufhören! Wir wollen im Nahbereich verfügbare und kostenlose Krippen- und Kitaplätze für jedes Kind bis zur Einschulung und kostenloses, gesundes Mittagessen in Schulen und Kitas. Wir wollen Lernorte, an denen die Kinder sich wohl fühlen und ihre Potenziale entfalten können. Das erfordert eine gute personelle, räumliche und technische Ausstattung von Schulen.



Zuwanderungspolitik mit Integration

Anders als die AfD wollen wir Fluchtursachen bekämpfen, aber nicht die Flüchtlinge. Auf kommunaler Ebene sehen wir Integration als Recht, aber auch als eine Pflicht. Isolierte Parallel-Gesellschaften lehnen wir ab. Daher ist der Maßstab für die Aufnahme von Migranten die Integrationsfähigkeit einer Kommune. Wir wollen Möglichkeiten schaffen, dass Menschen miteinander leben und sich kennenlernen. Ehrenamtlich im Bereich der Integration tätige Menschen wollen wir anerkennen und finanziell unterstützen. Verpflichtende Deutschkurse, insbesondere für Kinder vor der Einschulung, wollen wir ausbauen.